
Von der unternehmerischen Stadt zum Recht auf Stadt

SEBASTIAN SCHIPPER

Seit Anfang der 1980er Jahre lässt sich an vielen Orten ein mittlerweile hegemonial gewordener Wandel städtischer Politik beobachten, der in der kritischen Stadtforschung als neoliberal oder unternehmerisch beschrieben wird. Im Kern wird damit ein Prozess benannt, wonach Städte versuchen, mit immer ausgefeilteren Instrumenten global agierendes Kapital, einkommensstarke Haushalte und Konsumenten im interkommunalen Wettbewerb anzuziehen. Obwohl es sich hierbei um einen widersprüchlichen Prozess handelt, der soziale und räumliche Polarisierungstendenzen verschärft, erfreut sich die unternehmerische Stadt gegenwärtig fast im gesamten parteipolitischen Spektrum eines sehr hohen Maßes an aktiver Zustimmung (Harvey 1989; Heeg/Rosol 2007; Heinz 2008; Künkel/Mayer 2011; Peck/Tickell 2002; Schipper 2013a).

An diese Debatten anknüpfend möchte ich im folgenden mit dem Begriff der *unternehmerischen Stadt* etwas konkreter eine spezifische Rationalität städtischen Regierens bestimmen, die als doppelte Einschreibung ökonomischen Denkens in die Stadtregierung umrissen werden kann. *Erstens* erscheint die Stadt ihrem Wesen nach als Wettbewerbseinheit in einem globalen Raum der Konkurrenz. Um in einem solchen Raum bestehen zu können, werden tendenziell sämtliche Politikbereiche dem übergreifenden Ziel der standortpolitischen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet. Da die unternehmerische Stadt im Sinne dieser Logik niemals wettbewerbsfähig genug sein und folglich die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit niemals zu einem Ende kommen kann, wird die standortpolitische Ausrichtung städtischen Regierens zu einer allumfassenden und unendlichen Daueraufgabe.

Zweitens kennzeichnet die Rationalität der unternehmerischen Stadt eine Übertragung von Markt- und Wettbewerbsmechanismen auf die interne Steuerung städtischer Prozesse. Die Stadt wird dabei in Analogie zur Unternehmensform intern durch die Implementierung betriebswirtschaftlicher Steuerungsmodelle, durch die künstliche Schaffung von Wettbewerbsverhältnissen sowie durch *Public-Private-Partnerships* und Privatisierungen gemäß einer Markt- und Wettbewerbslogik umstrukturiert. Die Stadt erscheint im Rahmen einer derartigen neoliberalen Rationalität als postdemokratischer Konzern (Crouch 2004). Gemeint ist damit, dass die demokratischen Strukturen (Wahlen, Beteiligungsverfahren etc.) zwar erhalten bleiben, die inhaltliche Ausgestaltung der Politik aber auf die Anpassung an übergeordnete Sachzwänge reduziert wird, denen man sich als Politiker wie als Bürger der Stadt zu beugen und unterzuordnen hat. Lokale Politik hat demnach nicht die Aufgabe, die Stadt nach den (widersprüchlichen) Wünschen der Bewohner zu gestalten, sondern im Sinne eines objektiven Allgemeininteresses die notwendigen Veränderungen zu vollziehen, die Globalisierung und Wettbewerb zwingend erfordern.

Zur Repolitisierung lokaler Demokratie ist es daher unerlässlich, die scheinbare Unvermeidlichkeit von Standortwettbewerb und unternehmerischer Stadtentwicklung als Produkt sozialer Machtverhältnisse zu kritisieren. Nur so lassen sich perspektivisch wieder emanzipatorische Alternativen anschlussfähig machen, wie sie gegenwärtig beispielsweise in Recht-auf-Stadt-Bewegungen eingefordert werden (Gebhardt und Holm 2011). Um den Glauben an die Alternativlosigkeit der unternehmerischen Stadt zu erschüttern, möchte ich im Folgenden zeigen, dass die interurbane Konkurrenz weder vom Himmel gefallen, noch in der Natur des Menschen begründet und auch kein unvermeidbares Ergebnis einer übermächtigen Globalisierung ist. Vielmehr wurde der Wettbewerb der Städte politisch als langfristige Reaktion auf die Krise der 1970er Jahre aktiv hergestellt. Scheinbar unveränderbare Zwänge, die gegenwärtig als materielle Panzerung neoliberaler Hegemonie wirken, können damit als durch soziale Praxis erst wahrgemachte Machtverhältnisse benannt werden. Offen bleibt aus einer rein politökonomischen Perspektive allerdings, warum sich Akteure in Politik und Verwaltung diesen gesellschaftlich hergestellten Verhältnissen meist so kritiklos fügen und darüber hinaus, auch unabhängig von tatsächlichen oder vermeintlichen Zwängen, häufig von sich aus unternehmerisch agierende Manager ihres «Konzerns Stadt» sein wollen. Zwar ließe sich die Zustimmung zur unternehmerischen Stadt auch ideologiekritisch aus den Interessen der politischen Eliten ableiten. Jedoch bliebe eine solche Erklärung unvollständig, da aus dem Blick gerät, dass auch die Interessen, Intentionen und Wahrnehmungsorientierungen der Akteure nicht unmittelbar vorausgesetzt werden können, sondern selbst als gesellschaftlich hergestellt zu betrachten sind.

Daher werde ich im dritten Abschnitt aus gouvernementalitätstheoretischer Perspektive¹ (Bröckling et al. 2011; Foucault 2006; Lemke 2007) und am Beispiel städtischen Regierens in Frankfurt am Main rekonstruieren, wie ein Wissen von der richtigen Regierung der Stadt hervorgebracht worden ist, welches neoliberales Regieren alternativlos erscheinen lässt. Zweck dieses Unterfangens ist es, der unternehmerischen Stadt durch das Aufzeigen ihrer historisch-gesellschaftlichen Gewordenheit die Natürlich- und damit Alternativlosigkeit zu nehmen. Denn nur wo dies gelingt, so die These, kann überhaupt ein kritisches Fundament gedeihen, um emanzipatorische Gegenentwürfe für eine andere Form des Städtischen sowie die Forderung nach einem sozialen und demokratischen Recht auf Stadt durchzusetzen.

Die kommunale Finanzkrise und räumliche Ungleichheit als materielle Panzerung neoliberaler Hegemonie

Seit der Krise des Fordismus lässt sich in der BRD und in vielen weiteren Staaten eine tiefgreifende Transformation zum «nationalen Wettbewerbsstaat» ausmachen (Hirsch 2005). Damit gehen auch grundlegende Verschiebungen in der Geografie von Staatlichkeit einher, wobei supranationale (z. B. die EU) sowie subnationale Ebenen (Städte und Regionen) an Bedeutung gewonnen haben (Brenner 2004).

Unter fordistischen Bedingungen waren etwa Kommunen noch als relativ standardisierte administrative «Transformationsriemen zentralstaatlicher sozioökonomischer Politiken» (Knapp 2009: 172) organisiert, um den Wohlfahrtsstaat, einheitliche urbane In-

frastrukturen sowie ausgleichsorientierte regionale Umverteilungspolitiken realisieren zu können. Seit den 1980er Jahren übertragen jedoch Bund und Länder in einem umkämpften Prozess durch eine schrittweise Transformation der Raumordnungs- und Regionalpolitik die wirtschaftspolitische Verantwortung für eine gelingende Kapitalakkumulation auf die subnationale Ebene. Sie fahren dabei die finanziellen Ressourcen der Städte durch verschiedene Steuerreformen zurück und laden zugleich sozialpolitische Aufgaben auf die lokale Ebene ab – was zur kommunalen Finanzkrise geführt hat (Jungfer 2005; Sander 2009). Verbleibende Mittelzuweisungen werden auf die global wettbewerbsfähigsten Regionen konzentriert (Brenner 2004).

Durch die politische Herstellung von finanzieller Knappheit und räumlicher Ungleichheit ist in den letzten Jahrzehnten staatlicherseits sukzessive ein Zwang zur Selbsthilfe geschaffen worden, wodurch Städte eine größere Eigenverantwortung bezüglich der Generierung ökonomischen Wachstums erfahren. Wie Justus Uitermark (2002) herausgearbeitet hat, hat das erhebliche Auswirkungen auf subnationale Hegemonieprozesse. Denn die wettbewerbsfokussierte Transformation des staatlichen Raumes trägt dazu bei, dass sich lokale Interessengegensätze (beispielsweise zwischen Arbeit und Kapital) in standortpolitische Schicksalsgemeinschaften verwandeln. Anders ausgedrückt, bieten die benannten räumlichen Transformationsprozesse des Staates die materielle Basis für einen Diskurs, der postuliert, dass es angesichts der vermeintlichen Hypermobilität des Kapitals keine politischen Alternativen zur Standortpolitik gebe. Im Anschluss an die Krise des Fordismus hat sich daher ein neues Regime herausgebildet, in welchem Städte sich «in a lemming-like rush [wie Lemminge]» (Peck/Tickell 2002: 385) dazu genötigt sehen, ökonomisches Wachstum und territoriale Wettbewerbsfähigkeit gegenüber wohlfahrtsorientierten, redistributiven Politiken zu privilegieren. Die räumliche Organisation des Staates ist demnach zu einem Instrument geworden, um Kommunen im Sinne eines nationalen Wettbewerbsstaats zu mobilisieren. Der Wettbewerb der Städte ist keineswegs das Ergebnis einer übermächtigen Globalisierung, sondern politisch durch eine Transformation des Staates hergestellt worden und daher als ein politisch konstruierter Imperativ zu interpretieren.

Dieser politisch hergestellte Imperativ erscheint in politischen Auseinandersetzungen allerdings «überwiegend als verobjektivierter <Sachzwang>» (Krätke und Schmoll 1987: 41); was erfahrungsgemäß eine Politisierung von Wettbewerbsverhältnissen so schwierig und eine lokale Anpassung so wahrscheinlich macht. Dennoch ist die Anpassung an vermeintliche Sachzwänge als historisch umkämpftes Resultat keineswegs automatisch garantiert. Prinzipiell offen bleibt nämlich, inwieweit der sozial hergestellte Imperativ von den politischen Akteuren auch als Unvermeidbarkeit anerkannt wird. Zumindest potenziell können Sachzwänge auch als sozial hergestellte Machtverhältnisse kritisiert, dadurch politisiert und schließlich zur Disposition gestellt werden. Folglich ist prinzipiell eine «lokale Gegenmacht» (ebd.: 55ff), etwa unter dem Banner «Recht auf Stadt» (Gebhardt/Holm 2011), auf Grundlage veränderter lokaler Kräfteverhältnisse durchaus möglich. Ohne grundlegende gesamtgesellschaftliche Veränderungen, die zur Aufhebung der materiellen Zwänge führen, muss jede Gegenmacht jedoch stets umkämpft und prekär bleiben, da ansonsten entweder zentralstaatliche Gegenstrategien (etwa durch ein finanzielles Austrocknen und Beschneiden der lokalen Kompetenzen) oder eine drohende Ab-

wanderung von Kapital die oppositionellen Bestrebungen untergraben. Nichtsdestotrotz könnte eine solche lokale Gegenmacht – die etwa Wohnraum über kollektive Eigentumsmodelle dem Markt entzieht, öffentliche Infrastruktur ausbaut oder Flüchtlingen soziale und demokratische Teilhabe ermöglicht – die Lebensbedingungen vor Ort zumindest temporär verbessern sowie gesellschaftliche Alternativen zur bestehenden Ordnung (wieder) denkbar und in Ansätzen auch praktisch werden lassen.

Damit eine solche Gegenmacht für ein Recht auf Stadt perspektivisch aber überhaupt Gehör finden kann, ist im nächsten Schritt zu rekonstruieren, warum ihr neoliberaler Gegenpol, die unternehmerische Stadt, so überzeugend wirkt und sich gegenwärtig auf eine breite, parteiübergreifende Zustimmung stützt. Denn in der Regel erscheint die unternehmerische Stadt ja gerade nicht als das, was sie ist, ein gesellschaftlich hergestelltes Machtverhältnis, sondern als unpolitische und alternativlose Anpassung an eine gegebene Realität. Dazu soll im Folgenden in knapper Form und am Beispiel von Frankfurt am Main nachgezeichnet werden, wie die unternehmerische Stadt als neoliberale Wissensordnung historisch entstanden und anschließend hegemonial geworden ist (Schipper 2013a).

Entstehung und Durchsetzung der unternehmerischen Stadt am Beispiel von Frankfurt am Main

Die Entstehung und hegemoniale Durchsetzung der unternehmerischen Stadt lässt sich in Frankfurt am Main in drei Elemente aufgliedern: *Erstens* die Erfindung von Standortpolitik als dem zentralen Instrument, mit dem regiert werden soll, *zweitens* die Konstruktion der Wissensordnung vom Wettbewerb der Städte als existenziellem und allgegenwärtigem Bedrohungsszenario sowie *drittens* die Implementierung von Technologien des Regierens, die einen neoliberalen Diskurs stabilisieren und in Politik und Verwaltung Subjekte hervorbringen, die sich selbst als Manager des Unternehmens Stadt begreifen. Im Folgenden diskutiere ich diese drei zeitlich leicht versetzt auftauchenden Elemente nacheinander.

I.

Ihren Ausgang nimmt die Erfindung von Standortpolitik als reflektierte Praxis des lokalen Regierens im Zuge der ökonomischen Krise Anfang der 1980er Jahre. Zu diesem Zeitpunkt erklärt die konservative Stadtregierung unter Walter Wallmann erstmalig die Arbeitslosigkeit, die in Frankfurt zwischen 1979 und 1984 von 2,4% auf 6,5% steigt (Schipper 2013a: 169), zu einem lokal zu lösenden Problem. Trotz des drastischen Anstiegs ist diese neue Zuständigkeit keineswegs eine banale oder selbstverständliche Entwicklung, da bislang die wirtschaftspolitische Verantwortung für eine erfolgreiche Kapitalakkumulation nicht der Stadt, sondern in erster Linie dem Zentralstaat zugeschrieben worden war. Als allgemeiner Konsens hatten Städte unter fordistisch-keynesianischer Hegemonie vor allem als administrativer Arm desselbigen zu funktionieren und qua Sozialstaatsverwaltung und Schaffung kollektiver Infrastrukturen primär im Feld der Reproduktionssphäre tätig zu werden (Brenner 2004: 123ff; Castells 1977). Anfang der 1980er Jahre wird städtisches Regieren dagegen erstmals über das Problem der Arbeitslosigkeit

explizit mit wirtschaftspolitischen Aufgaben verknüpft (Schipper 2013a: 165ff). Im lokalen Diskurs wird die Krise zu diesem Zeitpunkt aber noch keynesianisch als Problem der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage interpretiert, so dass das Ziel der Überwindung von Unterbeschäftigung mit antizyklischen Instrumenten im Sinne eines *deficit spendings* verknüpft wird.

Ab Mitte der 1980er Jahre kommt es jedoch zu einem tiefgreifenden diskursiven Bruch bezüglich der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit. Das von der Stadtregierung zu lösende Problem wird nun plötzlich nicht mehr in einer konjunkturell zu geringen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gesehen, sondern in den Umbrüchen der Weltwirtschaft. Somit wandeln sich auch die Instrumente des Regierens, von nun an soll eine angebotsorientierte, lokale Standortpolitik das Problem der Arbeitslosigkeit beheben. Zu Beginn werden dazu aber fast nur Instrumente der lokalen Wirtschaftspolitik fortgesetzt, intensiviert und erweitert, die auch schon vor der Krise im Repertoire städtischen Regierens waren – allerdings ohne diskursiv in den Rahmen der Standortpolitik gestellt zu werden: etwa Ansiedlungs- und Grundstücks politik oder der Ausbau des Flughafens und des Messestandorts. Mit der Erfindung weicher Standortfaktoren zwischen Mitte und Ende der 1980er Jahre geraten jedoch sukzessive immer mehr lokale und vormals wirtschaftsfremde Politikbereiche (zuerst etwa die Kulturpolitik) in den Strudel standortpolitischer Neubestimmung. Dieser Prozess gewinnt bis Ende der 1990er eine solche Dynamik, dass sich die Standortlogik in einer Weise verallgemeinert, dass tatsächlich sämtliche lokalen Politikfelder (auch die Bildungs-, Sozial-, Migrations- und Sportpolitik) primär bis ausschließlich als standortpolitische Instrumente umdefiniert und mit dem Ziel der Stärkung des Wirtschaftsstandorts verknüpft werden – was bezogen auf die qualitative Ausgestaltung der jeweiligen Politikbereiche einen gravierenden Unterschied macht (Schipper 2013a: 223ff).

II.

Ebenfalls Mitte der 1980er Jahre kommt der Wettbewerb der Städte als bedrohliches Risiko und existenzielles Bedrohungsszenario auf. Obwohl die Arbeitslosigkeit keineswegs zurückgeht, sondern bis Ende der 1980er Jahre sogar auf 8,3% ansteigt, verdrängt der Wettbewerb bis zum Ende des Jahrzehnts die Arbeitslosigkeit sukzessive von ihrer Vorrangstellung. Von einem Mittel zum Zweck wird die Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit qua Standortpolitik nun zu einem allem anderen übergeordneten Ziel: Nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Stadt im Wettbewerb ist nun das zentrale Problem, dessen man sich annehmen soll, wie etwa exemplarisch der CDU-Oberbürgermeister Brück (1988, zitiert nach Schipper 2013a: 173) unterstreicht: «Es liegt auf der Hand, dass sich der Wettbewerb zwischen Städten und Regionen in dem Maße verschärfen wird, in dem sich die Wettbewerbsbedingungen im übrigen innerhalb Europas angleichen. Bereits heute stehen die Metropolen in einer Konkurrenz, die uns über die Mittel der bisherigen klassischen Standortwerbung hinaus zusätzliche Anstrengungen abverlangt. Wir werden zu überlegen haben, mit welchen Mitteln wir den Rang der alten Messe- und Handelsmetropole Frankfurt am Main im Konzert dieses Wettbewerbs sichern können.»

Zu diesem Zeitpunkt kann die Rede vom Wettbewerb der Städte aber noch keine He-

gemonie beanspruchen, da der globale Wettbewerb lediglich von der regierenden CDU als Realität und grundlegendes Problem behauptet wird. Die SPD hält noch an der Arbeitslosigkeit als primäre Herausforderung städtischen Regierens fest, und die Grünen kritisieren die Wettbewerbslogik sogar grundlegend. Da die Politik keinen Einfluss auf unternehmerische Standortentscheidungen habe, so etwa die Grünen-Abgeordnete Sellach (1988, zitiert nach Schipper 2013a: 178), sei die Logik der wettbewerbsorientierten «Subventionierung von Wirtschaftsunternehmen» falsch, zerstörerisch und vernachlässige darüberhinaus das Interesse der Menschen an notwendigem Einkommen, preiswerten Wohnungen, Kinderbetreuung und sauberer Umwelt. Alternativ wird stattdessen eine Wirtschaftspolitik gefordert, welche die Wettbewerbslogik bemerkenswert umkehrt: «Bei der Standortqualität von Frankfurt ... wäre eine Wirtschaftsförderung vorstellbar, bei der die Unternehmen sich bewerben müssten, wenn sie sich hier ansiedeln wollen. Sie müssten Vorleistungen erbringen, zum Beispiel in Form einer Beteiligung am Wohnungsbau» (ebd.).

Zu diesem Zeitpunkt widersprechen antagonistische Positionen also noch der Standortlogik und heben außerdem den politischen und eben nicht-natürlichen Charakter des Wettbewerbs hervor.

Dies ändert sich ab der Krise Anfang der 1990er Jahre, die in Frankfurt die Gestalt steigender Arbeitslosigkeit, eines massiven Deindustrialisierungsschubs und einer Rekordverschuldung des kommunalen Haushalts annimmt (Ronneberger/Keil 1995). Scheinbar führen die Wirtschaftskrise und die damit verbundene Krise des kommunalen Haushaltes dazu, dass Alternative wie etwa die besagte Umkehrung der Wettbewerbslogik oder das Anfang der 1990er Jahre vom ersten rot-grünen Reformprojekt auf kommunaler Ebene getragene Modell der nachhaltigen Stadt (Ronneberger/Keil 1993; Schipper 2013a: 181ff) aus dem Feld des Sagbaren verschwinden. Ab diesem Zeitpunkt kann die Behauptung vom Wettbewerb als existenziellem Risiko universelle Geltung beanspruchen – wird nicht mehr kritisiert und auch nicht durch alternative Problemkonstruktionen herausgefordert. Der Diskurs um den Wettbewerb der Städte etabliert schließlich eine hegemoniale Wissensordnung, die einen vollkommen neuen, handlungsrelevanten Realitätsbereich, den globalen Raum der Konkurrenz, für die Ausgestaltung lokaler Politik konstruiert. Die beständige, ritualisierte Rede vom Wettbewerb – nicht nur in Frankfurt, sondern im gesamten stadtpolitischen Diskurs – ruft dabei als selbsterfüllende Prophezeiung das Phänomen ins Leben, das vorgeblich nur beschrieben wird: Akteure in Politik und Verwaltung machen sich die Wettbewerbslogik zu eigen und richten ihre Handlungsweisen danach aus. Zudem erzeugt die Konstruktion des Wettbewerbsrisikos langfristig eine Ausbreitung der ökonomisch-betriebswirtschaftlichen Standortlogik über sämtliche lokalen Politikfelder hinweg – Standortpolitik erscheint nun auch unabhängig von Arbeitslosigkeit oder Finanznot dauerhaft als existenziell notwendig und rational.

III.

Der Gewinn einer gouvernementalitätstheoretischen Perspektive liegt u. a. darin, über die realitätskonstituierende Wirkung von Diskursen hinaus auch Technologien des Regierens in den Blick nehmen zu können. Die Berücksichtigung von Technologien des Regierens, die den Diskurs um den Wettbewerb der Städte stabilisieren und in Politik und

Verwaltung Subjekte hervorbringen, die sich selbst als ManagerInnen des Unternehmens Stadt begreifen, kann helfen, die erstaunliche Hegemonie neoliberaler Rationalität zu verstehen.

Beispielsweise können Städterankings (Bauer 2007) als eine solche Technologie des Regierens betrachtet werden, sie stützen den Diskurs um den Wettbewerb der Städte, da sie das Abstraktum «Wettbewerbsfähigkeit» in einer quantifizier- und vergleichbaren Größe darstellen. Ab 1998 werden derartige Messungen von politischen Eliten fast inflationär zitiert, um entweder die Position der eigenen Stadt im Wettbewerb zu loben oder die beständige Bedrohung etwa der Spitzenposition Frankfurts zu belegen. Mit Rankings wird ein unaufhörlicher Appell transportiert, das politische Handeln dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt anzupassen. Rankings lassen sich mit Foucault als Machttechnologien begreifen, die ein begrenztes Narrativ über Städte beständig wiederholen und den Diskurs zugleich durch «ein spezifisches Set kalkulatorischer Techniken» (McCann 2010: 135) rahmen. Die Macht der Rankings liegt «in der Art und Weise, wie sie die Komplexität der Erfahrung zu einer vergleichbaren, zitierfähigen und berechenbaren Zahl reduzieren» (ebd.) und somit den Bereich, den sie scheinbar nur darstellen, aktiv konstruieren (Belina/Miggelbrink 2010). Durch die Konstruktion von vermeintlich technischen Beurteilungskriterien sowie durch das klare Angebot von Lösungsmechanismen erscheint «der interurbane Wettbewerb als ein nicht zur Diskussion stehendes Faktum» (McCann 2010: 142). Die kalkulatorischen Techniken der Rankings sind daher keineswegs unschuldig, sondern sie priorisieren Probleme, indem sie Standortpolitik als vernünftig, logisch und alternativlos darstellen (Rose 1999: 197ff).

Eine zweite, ebenso wirksame Technologie des Regierens stellen betriebswirtschaftliche Steuerungspraktiken in der Organisation der städtischen Verwaltung dar (Lebuhn 2008; Pelizzari 2001). Im Gegensatz zu städtischer Verwaltungsarbeit in der unternehmerischen Stadt hatte sich die Verwaltung der fordistischen Stadt explizit nicht an marktformiger Regulation und betriebswirtschaftlichem Handeln zu orientieren, sondern sollte vor dem Hintergrund modernen Fortschrittsdenkens mittels technischer Vernunft und rationaler, bürokratischer Planung gesteuert werden (Schipper 2013a: 127ff). Demgegenüber werden ab Mitte der 1980er Jahre erstmals betriebswirtschaftliche Modelle auf die Organisation der Verwaltung angewandt. Eine grundlegende Umstrukturierung erfährt die städtische Administration aber erst Anfang der 1990er Jahre, indem der rot-grüne Magistrat (wie zeitgleich in vielen anderen Städten auch) auf der Suche nach Einsparpotenzialen zur Überwindung der kommunalen Finanzkrise die Verwaltung im Sinne von *New Public Management*-Konzepten nach Markt- und Wettbewerbsmechanismen umzustrukturieren beginnt. Mit der Übertragung betriebswirtschaftlicher Steuerungsmodelle gehen Subjektivierungsweisen einher, die ein unternehmerisches Selbstverständnis induzieren. Dafür spricht, dass sich Akteure in Politik und Verwaltung nun selbst mehr und mehr als Manager des Unternehmens Stadt begreifen und die Stadt und ihre Untereinheiten in Analogie zur Unternehmensform repräsentiert werden. Entscheidend ist dabei der nichtintendierte Machteffekt. Denn für Akteure, die sich als Manager des Unternehmens Stadt begreifen, erscheint das Bild vom Wettbewerb so unmittelbar überzeugend, weil Wettbewerb nicht nur positiv mit Neutralität, Effizienz und Leistung konnotiert ist (Meyer zu Schwabedissen/Miggelbrink 2005), sondern vor allem weil er

per se zum Selbstverständnis einer betriebswirtschaftlichen Rationalität gehört. Wenn die Stadt und ihr Personal in Analogie zur Unternehmensform strukturiert werden, erscheint es auch als selbstverständlich, den «Konzern Frankfurt» ebenso als Wettbewerbseinheit zu begreifen.

Während die CDU seit den 1980er Jahren maßgeblich an der Konstruktion des globalen Wettbewerbs der Städte als existenziellem Risiko mitwirkt, ist sie allerdings nicht die treibende Kraft, die in Frankfurt die Durchsetzung einer unternehmerischen Steuerung der Stadtverwaltung beschleunigt. Bemerkenswerterweise sind es vielmehr die Grünen, die in den 1980er Jahren noch explizit die Wissensordnung vom interkommunalen Wettbewerb grundlegend kritisiert hatten, die nun die Entwicklung und Implementierung neoliberaler Techniken lokalen Regierens vorantreiben. Als These lässt sich formulieren, dass gerade die Grünen eine Vorreiterrolle bei der Implementierung neoliberaler Steuerungstechniken einnehmen, weil deren vormals linksalternative Staatskritik für neoliberale Rationalität anschlussfähig war. Die in den 1980er Jahren vom grünen Milieu in Frankfurt formulierte Ablehnung staatlicher Bevormundung sowie die Forderungen nach Autonomie, Eigenverantwortung, Selbstbestimmung, Freiheit und Entstaatlichung transformieren sich demnach vor dem Hintergrund der eigenen Regierungsverantwortung und der gleichzeitigen kommunalen Finanznot in eine neoliberale Rationalität. Die ehemals progressive «utopian vision of the emancipated self [utopische Vision des emanzipierten Selbst]» übersetzt sich in «neo-liberal critiques of the welfare state [neoliberale Kritiken am Wohlfahrtsstaat]» (Dean 1999: 155) und ist daher in der Lage, aktive Zustimmung zur unternehmerischen Stadt herbeizuführen.

Am Beispiel von Frankfurt am Main lässt sich zeigen, wie historisch in einem umkämpften Prozess neoliberales Wissen entstanden und schließlich hegemonial geworden ist. Deutlich wird dabei, dass die unternehmerische Stadt nicht strategisch von langer Hand geplant worden ist. Es lässt sich kein Zentrum ausmachen, von dem aus die Neoliberalisierung des Städtischen ihren Anfang nahm. Vielmehr ist sie das Resultat vielfältiger und z.T. gegensätzlicher Strategien, die mal von konservativen, mal sozialdemokratischen und mal grün-linksalternativen Kräften erfunden und vorangetrieben worden sind.

Von der Hegemonie der unternehmerischen Stadt...

Seit Anfang der 1980er Jahre hat sich die unternehmerische Stadt in Frankfurt am Main sukzessive durchgesetzt und ist zum hegemonialen Referenzpunkt städtischer Politik avanciert. In Analogie zu einem privatwirtschaftlichen Unternehmen wird die Stadt dabei in postdemokratischer Manier nach außen als Wettbewerbseinheit vorgestellt, die sich im globalen Raum der Konkurrenz zu behaupten hat. Nach innen werden entpolitisierte Markt- und Wettbewerbsmechanismen auch auf die interne Regierung des Städtischen übertragen, indem betriebswirtschaftliche Steuerungsmodelle implementiert, künstliche Wettbewerbsverhältnisse geschaffen und öffentliche Aufgaben privatisiert werden. Auf der Ebene der Regierungspraxis folgt daraus eine Verallgemeinerung der Standortpolitik über alle städtischen Politikfelder hinweg, ein privilegiertes Umsorgen einkommensstarker Haushalte, ein Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau, ein Wan-

del von *Welfare*- zu *Workfare*-Konzepten in der Sozialpolitik, eine Privatisierung öffentlicher Betriebe und Infrastrukturen, ein verschärftes Kontrollregime gegenüber marginalisierten Gruppen sowie die Gentrifizierung innerstädtischer Stadtviertel (Schipper 2013b).

Während neoliberale Rationalität unter den politischen Eliten hegemonial ist, haben sich aber stets (und in letzter Zeit wieder verstärkt) gesellschaftliche Kräfte konstituiert, die sich entweder in marginalisierter Position auf dem Terrain des lokalen Staates oder als außerparlamentarischer Protest in Gestalt von Bürgerinitiativen, Mietervereinigungen, Hausbesetzungen und «Wem gehört die Stadt?»-Netzwerken der Standortlogik entziehen und unternehmerischen Stadtentwicklungsprojekten Widerstand entgegensetzen (AK Kritische Geographie Frankfurt 2012). In politischen Auseinandersetzungen sind sie jedoch fortwährend mit dem Postulat der Alternativlosigkeit des Status quo konfrontiert. Denn angesichts eines unerbittlichen Wettbewerbs der Städte respektive einer erbarungslosen Globalisierung, so die gängige Argumentation, gebe es bei Drohung des Untergangs der Stadt weder eine Alternative zur allseitigen Fokussierung auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit noch zur Ökonomisierung des Städtischen.

Zentrales Anliegen dieses Beitrages ist daher, die gesellschaftliche Konstruktion scheinbar unvermeidbarer Sachzwänge aufzuzeigen und selbige als soziale und damit potenziell veränderbare Machtverhältnisse zu benennen. Der Wettbewerb der Städte ist weder vom Himmel gefallen noch in der Natur des Menschen begründet und auch kein unvermeidbares Ergebnis einer übermächtigen Globalisierung. Vielmehr kann sie als Ausdruck eines Zwangs zur Selbsthilfe begriffen werden, der seit der Krise des Fordismus und vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse politisch hergestellt worden ist. Demnach wurden Kommunen angesichts einer grundlegenden Transformation des Staates dazu genötigt, eine konkurrenzorientierte Standortpolitik im Sinne eines nationalen Wettbewerbsstaats zu betreiben.

Um aber zu verstehen, warum lokale Subjekte in Politik und Verwaltung sich diesem politisch hergestellten Imperativ meist kritiklos fügen und häufig auch Manager ihres «Unternehmens Stadt» sein wollen, habe ich auf Ansätze der *Governmentality Studies* zurückgegriffen. Auf der empirischen Basis einer Diskursanalyse der Debatten in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung wurde sichtbar, wie ein Wissen produziert und Subjekte hervorgebracht worden sind, die neoliberales Regieren möglich machen. Die Neoliberalisierung des Städtischen ist als ein kriseninduzierter Prozess zu begreifen, der auf einem spezifischen Verhältnis von sozial hergestellten (fiskalischen, rechtlichen etc.) Zwängen sowie aktiver Zustimmung beruht (Schipper 2013a). Letztere speist sich aus einer Vielzahl diskursiver Praktiken, die – getragen von unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften – performativ den Wettbewerb der Städte als objektive Realität naturalisieren, zudem von spezifischen Technologien des Regierens (Städteranking, *New Public Management*) gerahmt werden und sich im lokalen Staat materialisieren. Die Wirkmächtigkeit der neoliberalen Wettbewerbsrationalität beruht darauf, dass sie auf städtischer Ebene (bislang) unentwegt reproduziert und als selbsterfüllende Prophezeiung beständig «wahr» gemacht wird, indem die Rede vom Wettbewerb als handlungsleitende Richtschnur der Regierungspraxis fungiert und sich damit letztlich selbst bestätigt. Gegenwärtig drückt sich die Macht und Flexibilität dieser Wissensordnung u. a.

darin aus, dass auch während der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 die neoliberale Hegemonie weitgehend stabil bleibt (Schipper 2013c).

Ob sich die Normalisierung der unternehmerischen Stadt zukünftig angesichts einer weiterhin virulenten Krise verstetigt, bleibt abzuwarten. Wenn sich jedoch die fortbestehenden Widersprüche des finanzdominierten Akkumulationsregimes (Zeller 2011) zu einer erneuten Krise zuspitzen oder sich etwa das Konfliktpotenzial auf dem Feld der Wohnungspolitik angesichts steigender Mieten und einer politisch gewollten Gentrifizierung innerstädtischer Viertel weiter verschärft, sind auch Brüche innerhalb der neoliberalen Hegemonie nicht völlig ausgeschlossen. Falls es zu einem solchen Bruch kommen sollte, sind für seinen dauerhaften Bestand jedoch grundlegende gesellschaftliche Veränderungen auf globaler, europäischer und nationaler Ebene notwendig, wozu Strategien zu entwickeln sind, die den Zwang zur Selbsthilfe als materielle Panzerung neoliberaler Hegemonie überwinden. Dies schließt jedoch für emanzipatorische Bewegungen keineswegs aus, bis dahin auf städtischer Ebene bereits bestehende Spielräume zu nutzen und zu erkämpfen, da auch unter den gegebenen Bedingungen zumindest relativ wohlhabende Städte, wie etwa Frankfurt am Main, mitnichten gezwungen sind, beispielsweise städtische Krankenhäuser zu privatisieren, Unternehmenssteuern zu senken, Obdachlose aus innerstädtischen Räumen zu verdrängen und den sozialen Wohnungsbau zu suspendieren.

Um auf lokaler Ebene Alternativen politisch durchzusetzen sowie perspektivisch supralokale interkommunale Konkurrenzbeziehungen zu überwinden, bedarf es jedoch einer Repolitisierung, welche die Naturhaftigkeit des Standortwettbewerbs und den unpolitischen Charakter neoliberaler Rationalität als soziale Machtverhältnisse kritisiert; dafür gibt es in Frankfurt durchaus nicht nur im außenparlamentarischen Umfeld, sondern auch auf dem Terrain des lokalen Staates Anknüpfungspunkte (Schipper 2013a: 337ff.). Die Herausforderung an die sozialen Bewegungen wäre nun, diese unterschiedlichen und für sich jeweils marginalisierten Initiativen zu einem breiten gegenhegemonialen Projekt zu verbinden. Diesbezüglich erfreut sich in vielen Metropolen der Welt seit einigen Jahren die Forderung nach einem sozialen und demokratischen «Recht auf Stadt» mit unterschiedlichem Erfolg steigender Beliebtheit (Gebhardt und Holm 2011; Harvey 2013; Marcuse 2009; Mayer 2011). Abschließend soll daher ausgelotet werden, ob dieser Ansatz die bestehenden Anknüpfungspunkte zu einer wirkmächtigen gesellschaftlichen Kraft für eine post-neoliberale Stadtentwicklung bündeln kann.

... zum Recht auf Stadt als post-neoliberale Gegenhegemonie

Obschon der Slogan «Recht auf Stadt» bereits in den 1960er Jahren von dem marxistischen Urbanisten Henri Lefebvre (1968) in Kritik der fordistisch-funktionalen Stadt geprägt wurde (Schmid 2011), hat er gegenwärtig auch «in einer völlig anderen urbanen Welt» (ebd.: 46) nichts an Aktualität eingebüßt, gewiss aber neue Bedeutungen angenommen. Bei aller Vielfalt an Interpretationsmöglichkeiten identifizieren Gebhardt und Holm (2011) vier Grundperspektiven, die momentan mit der Forderung nach einem Recht auf Stadt einhergehen. Stärker an Lefebvre angelehnt verkörpert die Losung dem-

nach *erstens* eine ganzheitliche analytische Perspektive auf die Stadt «als Gesamtkunstwerk materieller, symbolischer und sozialer Prozesse» (ebd.: 14).

Als «utopische Vision der Stadtentwicklung» (ebd.: 15) benennt sie *zweitens* ein Recht auf die kollektive Wiederaneignung des städtischen Raumes, die sich am Gebrauchswert und den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren hat. Verbunden ist damit ein Recht auf Zentralität und Nichtausschluss im Sinne eines Zugangs für Alle zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums sowie ein Recht auf Differenz im Sinne einer Gleichzeitigkeit verschiedener Lebensweisen und Wertvorstellungen. Als gesellschaftskritisches Projekt umfasst «Recht auf Stadt» demnach eine oppositionelle Forderung zur radikal-demokratischen Neuentwicklung der Stadt nach den Wünschen und Bedürfnissen der Bewohner, das nicht einzuklagen ist, sondern sich von den Menschen genommen und durch kollektives Handeln geschaffen werden muss. Im Anschluss an Lefèbvre steht «Recht auf Stadt» also als Utopie und Metapher für eine grundlegende Infragestellung bestehender Macht- und Eigentumsverhältnisse und für eine ganz andere Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Zugleich lässt sich Recht auf Stadt aber auch *drittens* als Sammelbegriff für reformpolitische Forderungen etwa nach bezahlbarem Wohnraum, kostenlosem Nahverkehr, demokratischer Mitbestimmung etc. interpretieren, die sich innerhalb des lokalpolitisch Durchsetzbaren bewegen. Statt grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und reformpolitische Forderungen als unvereinbare Antagonismen zu deuten, ist die große Stärke von «Recht auf Stadt», das Spannungsverhältnis zwischen beiden Polen auszuhalten und dementsprechend radikale Gesellschaftskritik mit konkreten realpolitischen Forderungen verknüpfen zu können. Beispielsweise lässt sich wohnungspolitisch damit das radikale (da die Eigentumsfrage stellende) Postulat, dass Wohnraum keine Ware sein und jenseits von Markt und Staat organisiert werden soll, in konkrete und umsetzbare Strategien übersetzen. Zu denken wäre etwa an Projekte, die darauf abzielen, Wohnraum, sei es mit Hilfe von Genossenschaften, kommunalen Wohnungsbeständen oder Miethäusersyndikaten in kollektive, demokratisch kontrollierte und selbstverwaltete Eigentumsmodelle zu überführen (Holm 2013).

Auf strategischer Ebene folgt aus dem Bisherigen zudem *viertens* ein mit der Losung «Recht auf Stadt» verbundener spezifischer Organisationsansatz städtischer Bewegungen. Denn aus der Anerkennung politischer Differenz ergibt sich die Möglichkeit, eine Vielfalt von oppositionellen Initiativen, Organisationen und Personen mit unterschiedlichen Vorstellungen, Ansätzen und Zielen zusammenzubringen und so entgegen der ansonsten jeweils marginalisierten Mobilisierungsfähigkeit eine Grundlage für gemeinsames Agieren zu schaffen (Mayer 2013). Zu diskutieren wäre in diesem Zusammenhang jedoch, inwiefern sich städtische soziale Bewegungen auch gegenüber progressiven Parteien (in Deutschland etwa Die LINKE oder die Piratenpartei) öffnen sollten, um gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben, reformpolitische Forderungen durchzusetzen oder einfach nur, um an nicht-öffentliche Informationen zu gelangen und über ein Sprachrohr auf dem Feld der institutionellen Politik zu verfügen. Eher skeptisch muss einen diesbezüglich die Entwicklung der Frankfurter Grünen seit den 1980er Jahren machen, da sich die Grüne Partei von einer gesellschaftskritischen Kraft mit emanzipatorischem Anspruch letztlich zur lokalen Speerspitze der Neoliberalisierung entwickelt hat.² Falls

man sich daher angesichts der Vorteile dennoch für eine Öffnung zur institutionellen Politik entscheiden will, gälte es in jedem Fall, die Eigenständigkeit der eigenen basisdemokratischen Organisation vor einer Vereinnahmung oder parteipolitischen Instrumentalisierung zu bewahren. Ob man eine Zusammenarbeit mit Parteien für sinnvoll erachtet oder gar selbst an Wahlen teilnehmen will, hängt zudem auch von der Einschätzung ab, inwiefern der lokale Staat tatsächlich noch über eine nennenswerte relative Autonomie basierend auf finanziellen Ressourcen, rechtlichen Eingriffsmöglichkeiten und kommunalem Eigentum verfügt, die strategisch zur Durchsetzung einer Recht-auf-Stadt-Perspektive genutzt werden könnte. Für Frankfurt muss die Frage eindeutig mit Ja beantwortet werden, in anderen Städten kann sich das aufgrund einer prekären Finanzsituation oder der Tatsache, dass kommunales Eigentum bereits weitgehend privatisiert wurde, anders darstellen.

Wie immer man auch die ortsspezifischen Ausgangsbedingungen und die lokalen Bündnisoptionen beurteilen mag, erscheint die Forderung nach einem sozialen und demokratischen Recht auf Stadt für soziale Bewegungen generell vielversprechend, um die Naturhaftigkeit der unternehmerischen Stadt zu repolitisieren, mögliche Risse in der Hegemonie zu vertiefen und die Stadt langfristig (wieder) zu einem Experimentierfeld für emanzipatorische Politik zu machen.

Sebastian Schipper studierte Geografie, Soziologie und Volkswirtschaftslehre in Münster und promovierte 2012 am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich kritischer Geografie und Stadtforschung. Der vorliegende Beitrag ist in Auszügen zuerst in dem Sammelband Diskurs und Hegemonie (Dzudzek et al. 2012) erschienen. Für eine ausführliche Darstellung der Thematik siehe Schipper (2013a).

Anmerkungen

1. Die von dem französischen Philosophen und Historiker Michel Foucault (1926–1984) begründete gouvernementalitäts-theoretische Forschungsperspektive lenkt den Blick auf die realitätskonstituierende Wirkung von Diskursen und Praktiken, indem sie danach fragt, wie eine zu regierende Realität, die gegenwärtig als unumstößliche «Wahrheit» erscheint, in machtvollen Prozessen sozial hergestellt worden ist.
2. Das führt letztlich u. a. zur Situation, dass ein grüner Bürgermeister ein Großaufgebot der Polizei mobilisiert, um 100 Aktivist:innen, die im September 2013 ein seit Jahren leerstehendes städtisches Gebäude im Frankfurter Gallus besetzt hatten, bereits nach einem Tag gewaltsam zu räumen. Ziel der Initiative «communal west» war es, auf die eklatante Wohnungsmisere in Frankfurt aufmerksam zu machen und ungenutztes städtisches Eigentum in Wohnraum zu überführen (vgl. www.fr-online.de/frankfurt/hausbesetzung-frankfurt-raeumung-opposition-kritisiert-raeumung,1472798,24256708.html oder <http://vimeo.com/74535509>).

Literatur

AK Kritische Geographie Frankfurt (Hrsg.) (2012): Wem gehört Frankfurt? Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012, organisiert aus dem «Wem gehört die Stadt?»-Netzwerk. Frankfurt am Main: Institut für Humangeographie.

Bauer, Rudolph (2007): Kommerz statt Kommune. Bertelsmann(-Stiftung) und Kommunalpolitik. In: Jens Wernicke, Thorsten Bultmann (Hrsg.): Netzwerk der Macht – Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh. Marburg: BdWi Verlag, S. 403–428.

- Belina, Bernd/Judith Miggelbrink (2010): Hier so, dort anders. Zum Vergleich von Raumeinheiten in der Wissenschaft und anderswo. Einleitung zum Sammelband. In: Dies. (Hg.): Hier so, dort anders. Raumbezogene Vergleiche in der Wissenschaft und anderswo. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 739.
- Brenner, Neil (2004): *New state spaces. Urban governance and the rescaling of statehood*. Oxford: Oxford University Press.
- Bröckling, Ulrich/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hrsg.) (2011): *Governmentality. Current issues and future challenges*. New York: Routledge.
- Castells, Manuel (1977): *Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung*. Hamburg: VSA.
- Crouch, Colin (2004): *Post-democracy*. Cambridge: John Wiley.
- Dean, Mitchell (1999): *Governmentality. Power and rule in modern society*. London: Sage.
- Dzudzek, Iris/Caren Kunze/Joscha Wullweber (Hrsg.) (2012): *Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven*. Bielefeld: Transcript.
- Foucault, Michel (2006): *Geschichte der Gouvernementalität. Bd. 2. Die Geburt der Biopolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gebhardt, Dirk/Andrej Holm (2011): *Initiativen für ein Recht auf Stadt*. In: *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg: VSA. S. 724.
- Harvey, David (2013): *Urbane Rebellionen, Kairo, Rio, Istanbul*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (8): 37–48.
- Harvey, David (1989): *From managerialism to entrepreneurialism: the transformation in urban governance in late capitalism*. In: *Geografiska Annaler, Series B* 71 (1): 317.
- Heeg, Susanne/Marit Rosol (2007): *Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick*. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 37 (149): 491–510.
- Heinz, Werner (2008): *Der große Umbruch. Deutsche Städte und Globalisierung*. Berlin: Difu.
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg: VSA.
- Holm, Andrej (2013): *Wohnen als Soziale Infrastruktur*. www.links-netz.de (15.1.2013).
- Jungfer, Klaus (2005): *Die Stadt in der Krise. Ein Manifest für starke Kommunen*. Bonn: BpB.
- Knapp, Wolfgang (2009): *Metropolregion, Staat und die aktuelle Politik der räumlichen Redimensionierung*. In: Jörg Knieling (Hrsg.): *Metropolregionen. Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit*. Hannover: ARL. S. 151–199.
- Krätke, Stefan/Fritz Schmoll (1987): *Der lokale Staat «Ausführungsorgan» oder «Gegenmacht»*. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 17 (33): 30–72.
- Künkel, Jenny/Margit Mayer (Hrsg.) (2011): *Neoliberal urbanism and its contestations. Crossing theoretical boundaries*. New York: Palgrave.
- Lebuhn, Henrik (2008): *Stadt in Bewegung. Mikrokonflikte um den öffentlichen Raum in Berlin und Los Angeles*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Lefebvre, Henri (1968): *Le droit a la ville*. Paris: Ed. Anthropos.
- Lemke, Thomas (2007): *Eine unverdauliche Mahlzeit? Staatlichkeit, Wissen und die Analytik der Regierung*. In: Susanne Krasmann, Michael Volkmer (Hrsg.): *Michel Foucaults «Geschichte der Gouvernementalität» in den Sozialwissenschaften*. Bielefeld: Transcript. S. 47–74.
- Marcuse, Peter (2009): *From critical urban theory to the right to the city*. In: *City* 13 (2–3): 185–197.
- Mayer, Margit (2013): *Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt*. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1 (1): 155–168.
- Mayer, Margit (2011): *Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive*. In: Andrej Holm/Dirk Gebhardt (Hrsg.): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg: VSA. S. 52–78.
- McCann, Eugene J. (2010): *«Best Places»: Interurbaner Wettbewerb, Lebensqualität und der massenmediale Diskurs*. In: Bernd Belina/Judith Miggelbrink (Hrsg.): *Hier so, dort anders. Raumbezogene Ver-*

- gleiche in der Wissenschaft und anderswo. Münster: Westfälisches Dampfboot. S.132–152.
- Meyer zu Schwabedissen, Friederike/Judith Miggelbrink (2005): «Wo der Standort trompetet, geht die Freiheit flöten». Bilder interurbanen Wettbewerbs am Beispiel der Bewerbung Leipzigs zur «Candidate City» für die Olympischen Spiele 2012. In: *Social Geography* 1: 1527.
- Peck, Jamie/Adam Tickell (2002): Neoliberalizing space. In: *Antipode* 34(3): 380–404.
- Pelizzari, Alessandro (2001): Die Ökonomisierung des Politischen. New public management und der neoliberale Angriff auf die öffentlichen Dienste. Konstanz: Uvk.
- Ronneberger, Klaus/Roger Keil (1995): Außer Atem. Frankfurt nach der Postmoderne. In: H. Hitz et al. (Hrsg.): *Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich*. Zürich: Rotpunktverlag. S. 286–353.
- Ronneberger, Klaus/Roger Keil (1993): Riding the tiger of modernisation: Red green municipal reform politics in Frankfurt am Main. In: *Capitalism, Nature, Socialism. A Journal of Socialist Ecology* 4(2): 1950.
- Rose, Nikolas (1999): *Powers of freedom. Reframing political thought*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sander, Bernhard (2009): Der Ruin der Städte. Rückgang der Investitionen in öffentliche Infrastruktur. *Sozialismus* 36(3): 33–37.
- Schipper, Sebastian (2013a): Genealogie und Gegenwart der unternehmerischen Stadt. Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main, 1960–2010. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schipper, Sebastian (2013b): Global-City-Formierung, Gentrifizierung und Grundrentenbildung in Frankfurt am Main. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 57 (4): 185–200 (im Ersch.).
- Schipper, Sebastian (2013c): The financial crisis and the hegemony of urban neoliberalism: Lessons from Frankfurt am Main. In: *International Journal of Urban and Regional Research* (im Ersch.).
- Schmid, Christian (2011): Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: Andrej Holm/Dirk Gebhardt (Hrsg.): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg: VSA. S. 25–52.
- Uitermark, Justus (2002): Re-scaling, «scale fragmentation» and the regulation of antagonistic relationships. In: *Progress in Human Geography* 26 (6): 743–765.
- Zeller, Christian (2011): Verschiebungen der Krise im globalen Rentierregime. Ungleichgewichte und Suche nach neuen Feldern. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 55 (1–2): 65–83.